

Die kantonalen Vorlagen in Kürze

	Darum geht es	Befürworter und Gegner
Gemeinde-reform	<p>Eins vorweg: Natürlich wird am 27. September im Aargau über drei Themen abgestimmt: nebst Gemeindereform und neuem Baugesetz auch über das neue Haftungsgesetz des Kantons. Weil Letzteres praktisch unbestritten ist (bekannt ist nur eine Nein-Parole der SD), wird dies nicht weiter ausgeführt. Mit der Gemeindereform I (Gerag I) wollen Regierung und Mehrheit des Grossen Rates Gemeindefusionen erleichtern. Dafür wird der Grundbedarf («Heiratsstrafe») nach einer gewissen Zeit abgeschafft, bei Fusionen gibt es Pro-Kopf-Fördergel-der als Starthilfe und bei notleidenden Gemeinden kann künftig der Grosse Rat eine Fusion anordnen, wenn er keine andere Lösung mehr sieht. Die Vorlage enthält eine Verfassungsänderung und drei Gesetzesänderungen. Das Volk kann darüber befinden, weil die SVP das Behördenreferendum ergriffen hat. (MZ)</p>	<p>VIERMAL DIE JA-PAROLE: SP, CVP, FDP, Grüne, BDP, Grünliberale, EVP, Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)</p> <p>VIERMAL DIE NEIN-PAROLE: SVP, EDU, Schweizer Demokraten (SD).</p> <p>STIMMFREIGABE: Bauernverband Aargau (BVA).</p> <p>KEINE PAROLE: Aargauischer Gewerkschaftsbund (AGB), Aargauischer Gewerbeverband (AGV)</p>
Baugesetz	<p>Das steigende Verkehrsaufkommen bedingt eine Abstimmung von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung. Das neue Gesetz soll die regionale Koordination verstärken, Bauland «verflüssigen», die Rechtssicherheit verbessern, Verfahren vereinfachen. Einige der Neuerungen: Umstritten sind die neu eingeführten Regionalen Sachpläne zur Sicherstellung einer überkommunalen Erschliessung. Im Gesetz reagiert der Kanton auf die Anpassung des Verbandsbeschwerderechts durch den Bund zur Verhinderung missbräuchlicher Beschwerden gegen Baubewilligungsverfahren. Um Boden zu sparen, müssen neue oder wesentlich zu vergrössernde Parkierungsanlagen von über 2000 m² (etwa bei Einkaufszentren) neu mehrgeschossig sein. SP und Grünen geht dies zu wenig weit. Sie haben gegen das Gesetz das Behördenreferendum ergriffen, nachdem die Bürgerlichen in letzter Minute die Mehrwertabgabe rausgekippt hatten. (MZ)</p>	<p>JA-PAROLE: SVP, CVP, FDP, BDP, EVP, EDU, Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK), Aargauischer Gewerbeverband (AGV), ACS und TCS Aargau, Bauernverband Aargau (BVA)</p> <p>NEIN-PAROLE: Grüne, SP, Schweizer Demokraten, Aargauischer Gewerkschaftsbund (AGB), VCS, WWF, Hauseigentümerverband (HEV)</p> <p>STIMMFREIGABE Grünliberale</p> <p>KEINE PAROLE: Pro Natura Aargau</p>